

Wer kämpft, kann verlieren ...

Als erstes: Danke an unsere Kandidaten Maritta Böttcher, Norbert Müller und Carsten Preuß sowie an alle anderen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer!

Mit unseren Kandidaten boten wir eine erfahrene Politikerin, einen Vertreter der jungen Generation und auch einen Parteilosen. Ein Direktmandat, noch am ehesten greifbar im Wahlkreis 24 mit Maritta Böttcher, als auch die Landeslistenplätze 20 bzw. 22 für Carsten bzw. Norbert zogen nicht. Besonders schmerzt nach zwei Wahlperioden natürlich der Verlust des Direktmandates im WK 24.

Sichtbar wurde, dass der noch vor einem Jahr zur Bundestagswahl wirksame Merkel-Bonus weg ist. Die CDU war zur Landtagswahl deutlich von ihren 2013er Ergebnissen entfernt und stellt für die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg keine Alternative dar. Die CDU hat die Wahl in Brandenburg nicht gewonnen! Das zeigt sich auch in den Zustimmungswerten zu rot-rot bzw. rot-schwarz, die beide annähernd gleichauf liegen. Die Zufriedenheit mit rot-rot ist nach wie vor hoch im Land!

Die SPD profitierte landesweit zum einen von der Bekannt- und Beliebtheit von Ministerpräsident Woidke, zum anderen auch von der guten und vorzeigbaren Bilanz rot-roter Regierungsarbeit. Hier wurden die unbestreitbaren Erfolge der Koalition eher der SPD zugestanden. DIE LINKE als Juniorpartner, obwohl eigentlich maßgeblich treibende Kraft der inhaltlichen Arbeit, eher abgestraft.

Im Vergleich zur Landtagswahl 2009 haben alle im letzten Landtag vertretenen Parteien verloren - auch die nun siegreiche SPD! Lediglich BVB/Freie Wähler und eben die AfD konnten in TF hinzugewinnen. Wenden sich die Menschen von den bekannten und etablierten Parteien ab? Diese Frage stellt sich für alle Parteien mit politischem Gestaltungsanspruch und nicht nur oppositionellem Getöse.

Erschreckend ist, landesweit und auch in TF, die Wahlbeteiligung (in TF sogar noch unter dem Landestrend!). Ein Vierteljahrhundert nach den Massendemonstrationen u.a. für freie Wahlen ist jetzt nicht einmal mehr jede/r Zweite wählen gegangen. Die Volksvertreter in den Parlamenten verlieren ihre Legitimation, wenn sie aufgrund der Wählerstimmen nur noch für einen Bruchteil der Bevölkerung sprechen. Der Inbegriff der Demokratie, die Volksherrschaft, läuft ins Leere!

Besorgniserregend ist das Abschneiden der AfD. Sie liefert mit ihren rechtspopulistischen Thesen keine Lösungen, sondern nur Paro-

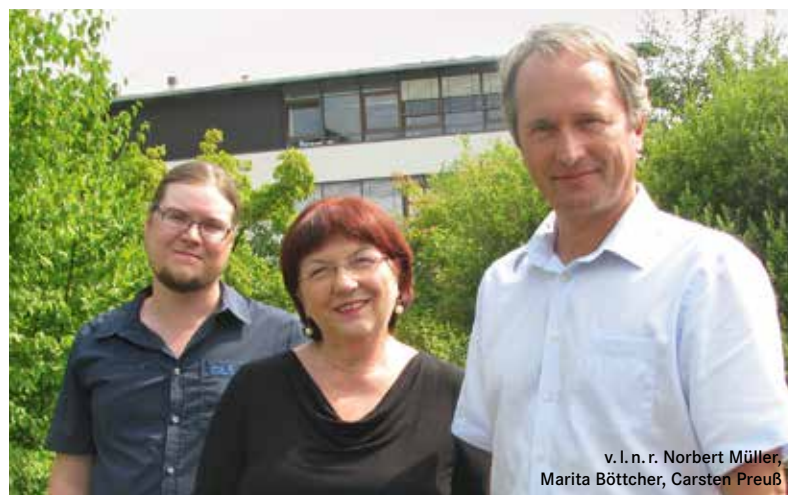
len und mobilisierte einen Teil Protestwähler, die vermutlich sonst auch schon zu Hause geblieben wären. Natürlich sind wir über das Wahlergebnis enttäuscht, eine Entmutigung sehe ich aber nicht. Auch nach der Bundestagswahl 2002 ging es für uns, damals noch als PDS, weiter! Wir hätten uns mehr gewünscht und konnten als Brandenburger LINKE auch nicht widerlegen, dass man als LINKE in Regierungen als Juniorpartner verliert. Aber wir sind da! Die innerparteiliche Diskussion läuft weiter, so auch am 18. Oktober auf unserer Gesamtmitgliederversammlung mit dem Schwerpunkt der Auswertung aller Wahlen 2014.

Manche/r brachte in ersten Reaktionen nach der Wahl den Gang in die Opposition ins Gespräch. Als Basis muss uns aber bewusst sein, dass das in den letzten fünf Jahren Erreichte mit Rot-Schwarz einer deutlichen Rolle-rückwärts unterliegen würden. Was würde aus unseren Forderungen und Vorhaben für ein Soziales Brandenburg in der Opposition? Welche Chance der Umsetzung fände sich? Natürlich sind wir an einer Fortsetzung der Koalition interessiert. Das wird an Sachfragen entschieden und nicht am Regieren um des Regierens willen. Wir haben Forderungen im Wahlkampf aufgestellt und müssen der Glaubwürdigkeit wegen diese auch gewichtig in die Verhandlungen einbringen!

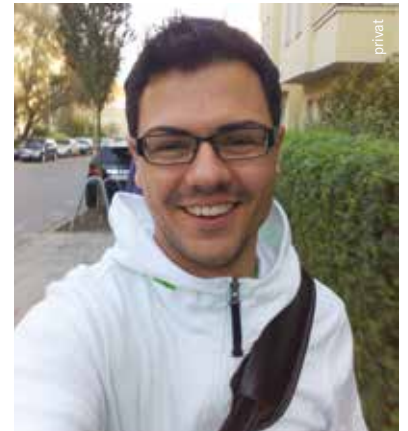
Ich bin froh darüber, dass mit Kornelia Wehlan eine hoch kompetente und erfahrene LINKEN-Politikerin in der vierköpfigen Sondierungskommission die Position der LINKEN gegenüber der SPD vertreten und so zur Aufnahme der Koalitionsverhandlungen beigetragen hat.

Warten wir also ab, was die Verhandlungen bringen - und beteiligen wir uns als Mitglieder zahlreich am ab Mitte Oktober anstehenden Mitgliederentscheid zum Koalitionsvertrag!

Felix Thier, Kreisvorsitzender



v. l. n. r. Norbert Müller,
Maritta Böttcher, Carsten Preuß



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, das Wahljahr ist zu Ende, der Landtagswahlkampf ist vorbei, das Ergebnis liegt vor. Und es war für uns als LINKE sicher wenig erfreulich. Zu den Wahlanalysen lesen Sie vieles auf den folgenden Seiten. An dieser Stelle möchte ich aber Zufriedenheit darüber ausdrücken, dass wir in Brandenburg trotzdem die Chance auf weitere fünf Jahre rot-rot zu haben scheinen - so und nur so, lassen sich unsere Wahlkampfaussagen zum Sozialen Brandenburg realisieren! Die Koalitionsverhandlungen mit der SPD laufen noch, aber ich möchte unsere Genossinnen und Genossen schon jetzt eindringlich darum bitten, sich am anschließenden parteiinternen Mitgliederentscheid zu beteiligen! Vom 14. bis 30. Oktober 2014 können die Abstimmungsscheine ausgefüllt und eingesandt werden. Dazu wird es in Kürze Post mit allen Informationen aus unserer Landesgeschäftsstelle geben. Ich wünsche mir eine rege Beteiligung - und ein gutes Ergebnis.

FELIX THIER
Kreisvorsitzender

Liebe Leserin, lieber Leser, da so eine Zeitung natürlich die Meinungen unserer AutorInnen verbreitet, sind wir an Debatten und Meinungen interessiert – auch von Euch/Ihnen! Wir freuen uns über Eure/Ihre Zuschriften, die wir hier gern (falls nötig sinnwährend gekürzt) veröffentlichen und so Diskussionsraum bieten wollen.

E-Mail:
redaktion@
dielinke-teltow-flaeming.de

Postanschrift:
DIE LINKE. Teltow-Fläming
Zinnaer Straße 36
14943 Luckenwalde

ZITIERT:

»Ich bin nicht einverstanden mit dem, was Sie sagen, aber ich würde bis zum Äußersten dafür kämpfen, daß sie es sagen dürfen.«

Voltaire (1694 - 1778)

»Demokratie beruht auf drei Prinzipien: auf der Freiheit des Gewissens, auf der Freiheit der Rede und auf der Klugheit, keine der beiden in Anspruch zu nehmen.«

Mark Twain (1835 - 1910)

»Wenn alles noch so gut ist wie früher, ist es inzwischen schlecht.«

*Dr. rer. pol. André Brie (*1950)*

ZUGEHÖRT: LESERPOST AUS DER REGION

Denken wir auch an die Kriegsgefahr?

Angesichts der angespannten internationalen Lage, der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und im Nahen Osten wurde mir die Frage gestellt, ob DIE LINKE sich nur noch mit Wahlen und kommunalen Fragen beschäftigt, oder ob es angesichts der bedrohlichen Lage auch notwendig ist, sich diesen Fragen zu widmen. In einer sehr emotionalen ersten Diskussionsrunde Mitte September wurde vor allem die Situation in der Ukraine behandelt.

Es stellte sich heraus, dass einige der teilnehmenden Sympathisanten sich intensiv mit der Entwicklung in der Ukraine beschäftigt hatten und deutlich machten, dass der Ursprung und die Schärfe der Auseinandersetzungen in den geopolitischen Zielen der USA zu suchen sind.

Angeführt durch die USA und der NATO wird entgegen früheren Vereinbarungen mit Russland die Krise in der Ukraine genutzt, das Bündnis-system bis an die Grenzen Russlands auszudehnen und diesen Staat mit Versprechungen in das NATO System einzubeziehen, ohne die strukturellen wirtschaftlichen Interessen und das soziale Gefüge zu berücksichtigen.

Die EU und damit auch Deutschland folgt dieser Politik der USA und stellt eigene wirtschaftliche Interessen in der Zusammenarbeit mit Russland in Frage. Deutlich werden bereits jetzt höhere Belastungen der breiten Masse des ukrainischen Volkes, die im Interesse der Oligarchen ohne Rücksicht durchgesetzt werden.

Angeprangert wurde im Verlaufe der Diskussion besonders die antirussische Berichterstattung mit vielen Falschmeldungen. Nach dem Ende des II. Weltkrieges führt diese antirussische Propaganda zu neuen Spannungen, die zur Vergiftung der zwischenstaatlichen Beziehungen und zur Gefahr für den Frieden führen. Da hat der ehemalige Außenminister der BRD, Dietrich Genscher, recht, der die Position Putins nachvollziehen kann.

Die Teilnehmer fordern von der deutschen Außenpolitik eine neutrale Haltung, Beendigung der Sanktionen und keine Teilnahme an Maßnahmen, in die deutsche Soldaten einbezogen werden. Übereinstimmung bestand in der Forderung, alles zu tun, damit die kriegerischen Auseinandersetzungen nicht zu einem neuen Krieg führen.

In einer nächsten Diskussionsrunde wird sich dieser Kreis der Situation im Nahen Osten widmen. Interessenten sind jeder Zeit willkommen.

Achim Reichardt
Rangsdorf

Gelungenes neues Format

Nach der dritten Ausgabe des neuen Linksblick möchte ich dem Kreisvorstand, der Redaktion und der Kreistagsfraktion danken.

Die Kreiszeitung hat jetzt auch das Format einer Zeitung und das frische Layout macht diese zu einem lesbaren und unverwechselbaren Produkt unserer Partei. Ein besonderes Plus sind die integrierten Einblicke in die Aktivitäten im Kreistag. Damit befindet sich aus meiner Sicht die Kreiszeitung auf dem richtigen Weg, das gesamte Spektrum unserer politischen Arbeit abzudecken.

Für die Zukunft wünsche ich mir noch mehr Berichte aus den Regionen, den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen, Ausschüssen und Initiativen des gesamten Kreisverbandes. Hoffentlich färbt dieser Mut und Wille zur Neugestaltung auch auf unsere Internetseiten ab. Gegenüber dem neuen alten Printmedium sehen die neuen Medien des Kreisverbandes inzwischen ziemlich alt aus.

Klaus Pollmann
Altes Lager

Landtagswahl in Teltow-Fläming

Mehr Erststimmen als Zweitstimmen und eine Wahlbeteiligung unter dem Landestrend sind Tatsachen. Der Zweitstimmenwahlkampf hat also nicht gezogen. Die Leute verbinden immer Personen mit der Partei so auch die Einschätzung fast aller Kreiswahlkampfleiter. Wir haben einen zu stark betonten Wahlkampf für die Koalition geführt (siehe Fernsehspot). Dabei ist die Partei in den Hintergrund geraten. Ein mehr personalisierter Wahlkampf hätte uns sicherlich besser zu Gesicht gestanden. Aber ob er die miese Wahlbeteiligung verhindert hätte, ist sehr fraglich.

Allein im Landkreis Teltow-Fläming sind fast 30.000 Wählerinnen und Wähler im Vergleich zu 2009 weniger zur Wahl gegangen. Davon ist DIE LINKE mit 12.278 Stimmen betroffen, dicht gefolgt von der

SPD mit 11.102. Allein BVB/FREIE WÄHLER und AfD haben einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

Im Land hat DIE LINKE ca. 115.000 Stimmen als Nichtwähler und ca. 20.000 an die AfD verloren.

Am engagierten Wahlkampf unserer Mitglieder und Sympathisanten vor Ort hat es bestimmt nicht gelegen.

Mögliche Ursachen für die Verluste: zu viele Kompromisse, zu viel versprochen oder die Glaubwürdigkeit hat gelitten (Braunkohle und BER). Als Regierungspartei ist man eben keine Protestpartei mehr, oder?! So wirken die Personen, wie Maritta Böttcher, Norbert Müller und Carsten Preuß mehr als die Partei.

Jetzt gilt besonders auch für uns, der Politikverdrossenheit noch stärker entgegen zu treten. Vor Ort zu sein und dem »Volk auf's

Maul schauen« sind alte Tugenden unserer Partei, die wieder mehr gepflegt werden müssen. Nutzen wir unsere kommunale Nähe vor Ort und Verantwortungsträger, um verloren gegangenes Vertrauen und Glaubwürdigkeit bei den Menschen zurück zu gewinnen. Wir sind eine Partei für den Alltag, nicht nur für Wahltag.



Manfred Thier
Kreiswahlkampfleiter

Impressionen aus der Region

So bunt war der Landtagswahlkampf in Teltow-Fläming



Ministerin Anita Tack informierte sich über die Arbeit des Tierheims in Zossen und die Verwendung der 30.000 Euro aus der Konzessionsabgabe Lotto für die Erweiterung um zwei Hundeausläufe mit je drei Zwingern. Carsten Preuß informierte über die Arbeit des Vereins.



Skater- und Behindertenfest in Kolzenburg: hier am Stand des Behindertenverbandes sind die Landrätin und Maritta Böttcher im Gespräch mit Volker Andress.



Reges Interesse auch an den Trebbiner Wahlständen: Norbert Müller, Direktkandidat im Wahlkreis 23 zog eine breite Aufmerksamkeit auf sich und stand Rede und Antwort.



Wahlkampf mal anders – Radtour durch die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow: Mittendrin unser Direktkandidat im Wahlkreis 25 Carsten Preuß auf dem Lastenfahrrad.



Gregor Gysi in Ludwigsfelde: Wie ein Volksfest, über 500 begeisterte Besucher hatten sich auf dem Rathausplatz eingefunden.



Wahltour mit dem Berlin-Team durch 33 Dörfer im Niederen Fläming, Niedergörsdorf und Dahme, unsere Direktkandidatin im Wahlkreis 24, Maritta Böttcher kennt Land und Leute genau.



Der Vorsitzende der Agrargenossenschaft Welsickendorf, Wilfried Krieg, hatte zu einem Gespräch gemeinsam mit Vertretern des Bauernverbandes zur Entwicklung des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor eingeladen. Die Brandenburger Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann begleitete Maritta Böttcher.



Oberligaspiel des FSV 63 Luckenwalde gegen den 1.FC Neubrandenburg. Tolles Spiel und Maritta Böttcher nicht nur mittendrin, sondern auch Sponsorin des VIP-Caterings





Mehr als 5.000 radikale Christen beim »Marsch für das Leben« in Berlin

Zum zehnten Mal versammelten sich am 19. September 2014 radikale Christen beim sogenannten »Marsch für das Leben« in Berlin und demonstrierten gegen Abtreibungen, den Verfall der christlichen Familie und moderne Lebensgemeinschaften. Hinter dem harmlos klingenden Namen »Lebensschützer« verbergen sich extrem konservative christliche Vereinigungen, welche die modernen Errungenschaften unserer Gesellschaft abschaffen und einen streng christlichen Staat nach ihren Vorstellungen aufbauen wollen. Zu diesen Vereinigungen gehören u. a. die AUF-Partei, welche es zu ihrem Ziel erklärt hat, Frauen wieder in die Rolle der Hausfrau und Mutter zu zwingen und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften schlechter zu stellen als die christliche Ehe. In diesem Jahr nahmen deutlich mehr als 5.000 »Lebensschützer« aus ganz Deutschland an diesem Marsch teil, unter ihnen auch Vertreter großer Parteien. So waren unter den Teilnehmern der CDUBundestagsabgeordnete Hubert Hüppe und die Europaparlamentarierin der AfD Beatrix von Storch. Andere schickten Grußworte, wie z. B. der CDU Bundestagsabgeordnete Andreas Schockenhoff.

Das »Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung« als auch das Bündnis »What the fuck« riefen zu Gegendemonstrationen auf.

Eine der Gäste aus dem europäischen Ausland war Ellisiv Rognlien von der Bewegung für soziale Gerechtigkeit in Polen. Ellisiv überbrachte solidarische Grüße von polnischen Aktivistinnen und rief dazu auf, in Deutschland die Angriffe auf das Abtreibungsrecht in Deutschland abzuwehren, da diese Erfolge die Aktivistinnen in Polen ermutigen. Dort kämpfen sie seit 1993 gegen ein restriktives, durch

erkonservative Christen eingeführtes Abtreibungsrecht. Ellisiv trug in Beispielen aus Polen vor, was es für Folgen haben würde, wenn Gruppen wie die »Lebensschützer« Abtreibungsgesetze diktieren:

»Wer einer Frau zu einem Schwangerschaftsabbruch verhilft, muss mit einer Gefängnisstrafe rechnen ... Die Praxis sieht noch sehr viel restriktiver aus als der Gesetzestext. Die Ärzte trauen sich nicht, der Schwangeren eine Gefahr für ihr Leben oder ihre Gesundheit zu attestieren. Sie trauen sich nicht, eine Bescheinigung für den Schwangerschaftsabbruch auszustellen oder diesen vorzunehmen. Im Fall der Vergewaltigung bedarf es der Betätigung der Staatsanwaltschaft ... Die betroffenen Frauen werden von einer Stelle zur nächsten geschickt, ohne einen legalen Schwangerschaftsabbruch zu erhalten. Nur rund 700 Abtreibungen im Jahr finden in Polen »legal« statt. Frauen müssen sehr große Hürden – ideologischer wie praktischer Art – überwinden, um ihre ohnehin sehr eingeschränkten Rechte durchzusetzen.«

Die »Lebensschützer« haben bereits jetzt für den 19. September 2015 zum nächsten »Marsch für das Leben« aufgerufen. An diesem Tag werden wir uns wieder dieser fundamentalistischen Bewegung in den Weg stellen und gemeinsam mit anderen Aktivisten für eine moderne, selbstbestimmte und offene Gesellschaft kämpfen. Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht!

Sascha Loy, Zossen

Weitere Informationen zu dem Thema:

<http://www.sexuelle-selbstbestimmung.de>
<http://whatthefuck.noblogs.org/aufruf/>

Linksfraktion in Niedergörsdorf – sozial und kompetent

Das Ringen der Gemeinde zum Bau von alters- und behindertengerechtem Wohnraum

Die Gemeindevertretung Niedergörsdorf hat bereits im Jahr 2007 in ihrem Leitbild festgeschrieben:

»Wir fördern den seniorenrechten Wohnungsbau sowie den Ausbau des Fläminghauses und helfen den Menschen aktiv und selbstbestimmt das Alter erleben zu können.«

Das Fläminghaus in Niedergörsdorf besteht nun seit fünf Jahren und beherbergt eine Sozialstation mit Tagespflege, einen Friseursalon und eine Begegnungsstätte für die Senioren aus Niedergörsdorf. Es befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft der leer stehenden ehemaligen Fläming-Schule.

Dieses Ziel vor Augen beschloss die Gemeindevertretung Niedergörsdorf 2012 das Gebäude an eine Investorengruppe mit der Beauftragung alters- und behindertengerechten Wohnraum zu schaffen, zu verkaufen. Nun ist diese Holding-AG pleite!

Da im Kaufvertrag eine Sanierungsverpflichtung und ein Rückübertragungsanspruch vereinbart wurden, lud der Bürgermeister die Fraktionsvorsitzenden zu einer Informationsrunde ein und danach

fand eine emotionsgeladene Diskussion in der Gemeindevertretersitzung statt.

Wir fünf Abgeordneten der Linksfraktion haben uns im Vorfeld sehr eingehend mit der Thematik befasst, haben sehr genau die Argumente der anderen Abgeordneten verfolgt und uns dann einstimmig entschieden, den Bürgermeister Wilfried Rauhut mit der Führung von Verhandlungen zur Rückübertragung auf der Grundlage des Kaufvertrages zu beauftragen.

Aber erst, wenn alle Fakten und Zahlen auf dem Tisch liegen wird sich zeigen, ob die Gemeinde Niedergörsdorf diese Herausforderung stemmen kann. Wir werden diesen Prozess aufmerksam begleiten. Wenn die reale Möglichkeit besteht, das Projekt für unsere älteren Menschen als Gemeinde zu realisieren, dann werden wir dabei aktiv mit-helfen, unser selbst gestecktes Ziel im Leitbild mit Leben zu erfüllen.

Edeltraut Liese

Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der GV Niedergörsdorf



LUCKENWALDE

120 Jahre Jakobikirche Luckenwalde

In diesem Jahr wird die Jakobikirche 120 Jahre alt. Durch ihre Größe und den weithin sichtbaren 72 m hohen Turm, prägt das denkmalgeschützte Gebäude die Silhouette der Stadt.

Gegenwärtig ist der Turm von einem riesigen Baugerüst umgeben. Dank großzügiger Förderung durch den Bund, das Land Brandenburg und der Stadt Luckenwalde, kann die evangelische Gemeinde die notwendige Sanierung des Turmhelms vornehmen lassen.

Aus heutiger Sicht wird häufig die Frage gestellt, weshalb seinerzeit eine so große Kirche erbaut wurde. In der zweiten Hälfte des

19. Jahrhunderts entwickelten sich Industrie, Handwerk und viele weitere gesellschaftliche Bereiche beinahe sprunghaft. Luckenwalde war eine prosperierende Industriestadt. Im Jahre 1830 hatte Luckenwalde 5.110 Einwohner, die Volkszählung 1895 ergab bereits 19.500 Einwohner.

Am 12. Dezember 1894 wurde die Jakobikirche geweiht. Eine Sonderausgabe der damaligen Luckenwalder Zeitung berichtet stolz und ausführlich über dieses wichtige Ereignis.

Die neue Kirche verfügte über 1.200 Sitzplätze und 800 Stehplätze, so ließen es die Erbauer wissen. Die Klagen über zu wenig Platz in den Kirchen verstummten.

Machen wir jetzt einen Sprung in die neuere Zeit. Luckenwalde hat nach der Wende 1989 insbesondere durch die Abwicklung der großen Industriebetriebe zahlreiche Arbeitsplätze verloren und etwa 20 Prozent der Einwohnerzahl. Die Jakobikirche stand leer.

Der Versuch, Kirche und das Pfarrhaus zu verkaufen, blieb erfolglos. Mehrere Jahre war die Kirche geschlossen, bis ortsansässige Christen und konfessionslose Bürgerinnen und Bürger einen Förderverein gründeten. Sie eint noch immer das Ziel, die Kirche wieder mit Leben zu erfüllen und einen Beitrag zu leisten, den Verfall des Gebäudes zu stoppen. Das kann natürlich nur gemeinsam mit der evangelischen Gemeinde gelingen. Seit acht Jahren ist der Förderverein nun tätig.

Während dieser Zeit konnten für denkmalpflegerische Projekte Fördermittel und zahlreiche Spenden von Firmen und Privatpersonen eingeworben werden.

Seit fünf Jahren bemühen wir uns um die Restaurierung der unzähligen wunderschönen bleiverglasten Fenster. Zunächst hatten wir unser Augenmerk darauf gerichtet, die durch Alterung und Vandalismus schwer

gezeichneten kleineren Fenster in Augenhöhe restaurieren zu lassen. Für viele haben sich Fensterpaten gefunden, deren Namen im jeweiligen Fenster zu lesen sind.

Oberhalb der Emporen befinden sich fünf große Fenstergruppen, deren Restaurierung ein mittelgroßes Vermögen verschlingt. Drei der fünf Fenstergruppen sind bereits restauriert und bleiben der Nachwelt erhalten. In der Jakobikirche befindet sich ein landesweit einmalig umfangreiches und kulturhistorisch wertvolles Ensemble von Glasmalereien des ausgehenden 19. Jahrhunderts, das es unbedingt zu bewahren gilt. So beginnt der lange Endspurt der Fenster-Restaurierung.

Der Förderverein Jakobikirche organisiert jährlich eine Reihe unterschiedlichster Konzerte von Klassik bis Pop. Viele Besucher schätzen das besondere Ambiente und die hervorragende Akustik in der Kirche.

Dr. Margitta Haase

Vorsitzende des Fördervereins Jakobikirche e.V.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage

www.jakobikirche-luckenwalde.de



v.l.n.r. Kornelia Wehlan, Landrätin, Maritta Böttcher, stellv. Vorsitzende des Kreistages, Dietmar Woidke, Ministerpräsident, Margitta Haase, Vorsitzende des Fördervereins

Felix Thier

LESEULE



istockphoto

Eine Große der Literatur ...

ist für immer verstummt. Im Juli 2014 verstarb Nadine Gordimer – südafrikanische Schriftstellerin, Nobelpreisträgerin für Literatur – im Alter von 90 Jahren.

Sie entstammte einer jüdisch-litauisch-englischen Familie und wurde 1923 in Johannesburg geboren. Frühzeitig schloss sie sich antirassistischen Bewegungen an. Sie war Mitglied des ANC.

Mir wurde sie erst nach der Verleihung des Nobelpreises für Literatur 1991 bekannt, und ich las ihre Romane und Erzählungen mit Begeisterung. Sie verstand es an Hand von Einzelschicksalen die Apartheidpolitik, aber auch die gesellschaftlichen Probleme nach dem Umbruch kraftvoll und doch sensibel darzustellen.

Nach der Verleihung des Nobelpreises schrieb sie »Niemand, der mit dir geht«. Hier geht es um die Zeit des Umbruchs. Die Herrschaft der Apartheid ist abgeschafft, aber die alte Regierung ist noch vorhanden. Kämpfer und Verfolgte sind aus dem Exil zurückgekommen, darunter

ein schwarzes Ehepaar. Die Frau entwickelt sich und übernimmt wichtige Aufgaben. Ihr Mann unterstützt und beschützt sie. Es müssen zum Beispiel weiße Farmer vor dem Bedürfnis und dem Recht von Menschen geschützt werden, die »... verzweifelt nach einem Stück Land suchen, auf dem sie leben können«.

Den Roman »Keine Zeit wie diese« hat sie mit fast 90 Jahren geschrieben. Hier setzt sie sich mit den gegenwärtigen politischen Verhältnissen in Südafrika auseinander – Korruption, Studentenprotesten, der immer größer werdenden Kluft zwischen arm und reich. Es ist ihr wieder wunderbar gelungen, die handelnden Personen kraftvoll zu schildern, die trotz der Probleme an die Zukunft ihres Landes glauben.

Für jeden, der sich für Südafrika und seine Probleme vor und nach

der Apartheid interessiert, ist das Lesen ihrer Bücher ein Muss.

Annelore Müller
Luckenwalde



Nadine Gordimer auf der Göteborger Buchmesse 2010



DIE LINKE: im Bundestag

BUNDESTAG UND KOMMUNE

VON DIANA GOLZE

Politik nicht nur für, sondern mit den Menschen machen

Als Sozialpädagogin und Sprecherin in der Bundestagsfraktion für Kinder- und Jugendpolitik habe ich den Satz »Ich interessiere mich nicht für Politik.« schon etliche Male gehört. Und das von Menschen jeden Alters. Hat man die Chance, sie zu fragen, was sie denn zum Beispiel zu der Ansiedlung des dritten ALDI im Stadtzentrum sagen oder zum Zustand der Straßen

oder Spielplätze ihrer Stadt, haben viele von ihnen eine Meinung dazu. Dann versuche ich ihnen zu vermitteln: Das alles ist Politik, es wird hier vor Ort entschieden. Nirgendwo ist Politik so greifbar, wie in der Kommune. Hier liegen die Sorgen und Nöte der Menschen auf der Hand, hier bestehen die engsten Beziehungen zwischen denen, die Politik machen, und denen, die davon betroffen sind.

In der Kommunalpolitik kann man nicht alles ausgleichen und wieder gut machen, was auf Bundes- und Landesebene schief läuft. Aber man kann Spielräume nutzen und für die Beteiligung der Menschen an der Suche nach der besten Lösung eintreten. Nicht allen Kommunalpolitikern gelingt es jedoch, unvoreingenommen auch gegenüber Problemen zu sein, die sie selbst nicht betreffen. Manche wollen eben »nur« Windräder verhindern, andere »nur« mehr wirtschaftliche Ansiedlungen erreichen. Diese Erfahrung machte ich auch in der Stadtverordnetenversammlung Rathenow, deren Vorsitzende ich seit über zehn Jahren bin. Hier ist es uns inzwischen aber gelungen, einen wichtigen Konsens zu erreichen: Es spielt keine Rolle, von welcher Frak-

tion ein Antrag kommt, sondern was drin steht! Ein Konsens, wie ich ihn mir im Bundestag wünschen würde. Anders wäre es nicht gelungen, z. B. einen eigenen Jugendetat im städtischen Haushalt zu etablieren, über den das Kinder- und Jugendparlament (KJuPa) bestimmen kann. Oder für den Seniorenbeirat und das KJuPa einen Sitz in den Fachausschüssen in die Hauptsatzung zu schreiben.

Wenn aber das Geld knapp wird, werden auch diese Auseinandersetzungen schwieriger. Über viele Jahre hat der Bund mit Begeisterung Aufgaben an die Kommunen delegiert, ohne die dafür notwendigen Finanzen durchzureichen. Oder es wurden Gegenfinanzierungen versprochen, die dann aber in der Realität nicht eingetreten sind. Die Kommunen blieben letztendlich auf den Kosten sitzen, denn wenn ein Bürger einen Rechtsanspruch hat, macht er den vor Ort geltend und klopft an die Tür des Rathauses und nicht beim Bundeskanzleramt. Das Land Brandenburg versuchte in der rot-roten-Koalition hier gegenzusteuern, sei es durch Bundesratsinitiativen, durch ein Solidarprinzip innerhalb des kommunalen Lastenausgleichs

oder durch gezielte finanzielle Förderungen. Diesen Weg müssen wir unbedingt weitergehen.

Leider ist die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen rückläufig und das nicht nur im Land Brandenburg. Es gibt ein verbreitetes Misstrauen gegenüber Parteien und politischen Prozessen. Oft werden Menschen erst dann aktiv, wenn sie persönlich betroffen sind. Gerade in einer Kommune kann und sollte es gelingen, ein stärkeres Gewicht auf ein solidarisches Miteinander zu legen und die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in Entscheidungsprozesse einzubinden. Es gibt dafür auch im Land Brandenburg viele positive Beispiele: Stadtteiforen, Bürgerbefragungen, Bürgerhaushalte – es muss nichts neu erfunden werden, es muss nur gewollt sein.

Kontakt: Diana Golze, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030/22 77 23 29
Telefax: 030/22 77 63 29
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

VON MARITTA BÖTTCHER

Soziales Brandenburg – mit LINKS

Der Landesvorstand und der Landesausschuss der LINKEN Brandenburg haben den Weg für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen freigemacht. Dem Beschluss war eine intensive, solidarische und konstruktive Debatte vorausgegangen, an der sich auch zahlreiche Gäste aus den Kreiverbänden und Zusammenschlüssen beteiligt hatten.

Die Verhandlungsgrundlage bei den Koalitionsgesprächen sind die elf Vorhaben für ein soziales Brandenburg, die den Kern unseres Wahlprogramms bilden. Es sind Schlüsselprojekte, die das weite Feld der Landespolitik abdecken und dafür sorgen sollen, dass Brandenburg ein sozialeres, ökologischeres und gerechteres Land wird.

Nach der Atmosphäre bei den Verhandlungen befragt, gab es ein kurzes, gemeinsames Männerlachen: »Sehr, sehr gut, gelöst und in großer Ernsthaftigkeit«, befanden Christian Görke und Dietmar



LANDTAG UND KOMMUNE

Woidke – sprachen es und verschwanden wieder an den Verhandlungstisch.

Erste Ergebnisse: Brandenburg startet eine Offensive für gute Bildung und längeres gemeinsames Lernen. Der Betreuungsschlüssel bei den bis dreijährigen Kindern wird in den nächsten Jahren auf 1:5 gesenkt und bei den drei- bis sechsjährigen auf 1:11. Brandenburgs Schulen bekommen mehr Sozialarbeiter; dazu wird das 510-Stellen-Programm in Größenordnungen

aufgestockt: 100 Stellen mehr sind jetzt geplant, auf dann 610.

Und: 4.300 neue Lehrer wird es für Brandenburg in den nächsten Jahren geben – eine große Anzahl davon zusätzlich zu den altersbedingt ausscheidenden. Längeres gemeinsames Lernen auch in der Schule wird möglich: Schulen können sich zusammenschließen – nicht durch Verordnung von oben, sondern durch Impulse aus der Region. Diese Schulzentren sollen von unten wachsen, die Landesregierung wird dafür die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, wenn es von den Eltern, Lehrern und Schulträgern gewollt ist.

Außerdem wurde verabredet, alle Brandenburger Krankenhäuser zu erhalten und mit einer Investition von 400 Millionen Euro aus landeseigenen Mitteln zu stärken. Die »Netzwerke für gesunde Kinder« werden landesweit ausgebaut und mit zusätzlich zwei Millionen Euro pro Jahr unterstützt.

Beim Thema Asyl wurde Einigkeit erzielt, die sozialpsychologische Betreuung zu verbessern – insbesondere die Bildungsangebote für Kinder.

In Brandenburg wird die Polizeistärke bis 2020 mindestens 7800

Beamte betragen. Alle jetzt bestehenden Polizeistandorte bleiben erhalten.

In den nächsten 12 bis 18 Monaten soll eine landesweite Leitbild-Diskussion zur Kreisgebietsreform angestoßen werden, mit dem Ziel die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Grundlage für diesen längerfristigen Gesamtprozess ist der Aufgabenkatalog der Enquetekommission des Landtages.

Hohe Ziele, die durch Rot-Rot Wirklichkeit werden könnten und somit Brandenburg sozialer werden lassen.

Packen wir es an – ohne uns unterbuttern zu lassen. Wir brauchen bessere Bedingungen für die Kommunen, das ist eine der grundsätzlichen Fragen!

Kontakt: Maritta Böttcher,
Stellvertretende Vorsitzende
des Kreisvorstandes
Zinnaer Straße 36
14943 Jüterbog
Telefon: 03371/63 22 67
Telefax: 03371/63 69 36
E-Mail: maritta.boettcher@die-linke.de

NACHGEFRAGT:
Einer von uns
Gerd Heine

Jahrgang 1956, seit 1994 Kreisbrandmeister, Vorstandsmitglied des Kreisfeuerwehrverbandes Teltow-Fläming, Mitglied des Werksfeuerwehrverbandes des Landes Brandenburg, Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Schönefeld (Nuthe-Urstromtal), Mitglied im Luckenwalder Sportclub e. V.

Was ist für dich links?

Soziale Gedanken und Strukturen erkennen und beim Namen nennen. Wenn sich soziales Dasein in unserer menschlichen Gesellschaft in den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und über nationale Grenzen hinweg durchsetzt – und Akzeptanz findet.

Was regt dich auf?

Verlogenheit politischer Verantwortlicher und einiger Parteien bringt mich aus dem Gleichgewicht; Menschen, die ohne eigene Prinzipien durchs Leben gleiten.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Nicht nur überrascht, äußerst befremdet hat mich der Einzug der AfD in den Landtag Brandenburgs.

Waterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Als bekennend Bodenständiger lebe und arbeite ich in meinem Heimatland Deutschland. Alle meine Lebensziele konnte ich bislang und kann ich künftig hier verwirklichen.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Ehrlichkeit und Toleranz; Lebensziele gegen widrige Umstände und Unwägbarkeiten durchsetzen; Kameradschaft

Wie sollte Schönefeld in zehn Jahren aussehen, oder was wünschst du dir für Schönefeld? Anders formuliert: Wovon träumst du?

Realistisch erscheint für mich aus heutiger Sicht die Annahme, dass Schönefeld auch in zehn Jahren noch ein attraktiver Wohnstandort in unserem schönen ländlichen Raum mit einer gut vertretbaren Nähe zu anderen Kultur- und Arbeitsstandorten ist. Mein Wunsch ergänzt das Gesagte um den Ausbau der Infrastruktur bis hin zu einer auskömmlichen Verbesserung des Beförderungssystems vom Land in die Stadt sowie zur Bahn in den Hauptstadtbereich. Mein Traum heißt: Soziales Miteinander und Fürsorge und Freundschaft zwischen Generationen!

Was bedeutet für dich Kunst und Kultur?

Ehrliche Antwort? Seit Jahren sind dies eher die Themen meiner lieben Frau. Dennoch gehören auch für mich in diesen Bereichen stets die Menschen in den Mittelpunkt gerückt, die Kultur und Kunst schaffen, lebendig werden lassen und für Andere ihren Teil dazu beitragen, dass wir alle ideelle persönliche Zugewinne erfahren dürfen.

Nachgefragt hat Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Der Tierpark von Dahme ist in Gefahr

Die Stadt steht aber zum Dahmer Tierpark. Das ist eine gute Nachricht. Doch es wird schwer werden, die beliebte Einrichtung auf längere Sicht zu erhalten – so die Aussage der Stadtverordneten auf seiner letzten Sitzung am 25. September 2014.

Denn nicht nur die Stadtkasse ist klamm. Auch die Bewirtschaftungskosten steigen ständig. Es bleibe kaum noch Geld übrig für dringend nötige Investitionen, hatten die Ehrenamtlichen der Interessengemeinschaft Tierpark, welche den Bewirtschaftungsvertrag zum 31. Dezember 2014 aus persönlichen Gründen gekündigt haben, zuletzt beklagt. Ohne die Spendenbereitschaft und das ehrenamtliche



Engagement von vielen Tierfreunden hätte der Tierpark in den vergangenen zwei Jahrzehnten kaum überleben können. Deshalb ist der gute Wille der Stadt die eine Seite.

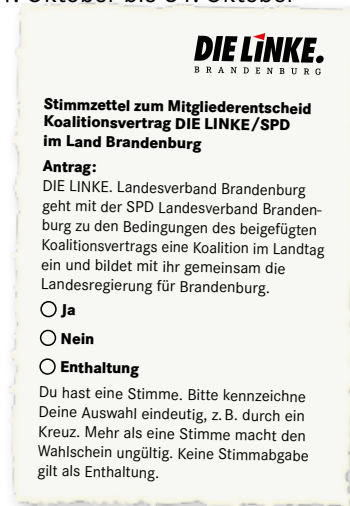
Damit wird den Bürgern, die sich eingebracht haben, Respekt gezollt. Doch die Mittel und Möglichkeiten sind begrenzt. Deshalb werden wohl auch künftig ehrenamtliche Vorreiter mit Herz gebraucht, die es schaffen, eine breite Bürgerschaft zu mobilisieren, wenn der Tierpark ein Kleinod bleiben soll.

Auch ein Tierpark gehört zur Lebensqualität. Zumal in so einer kleinen Stadt, wo zunehmend Infrastruktur stirbt. Kinder, Senioren, ja alle Menschen brauchen Freude im Alltag, um Entwicklung nicht aufzuhalten. Deshalb müssen wir etwas tun! Es darf nicht alles nur am Geld festgemacht werden: Übernehmen Sie Patenschaften für Tiere, das ist ein kleiner, aber wichtiger Beitrag zum Erhalt!

Heike Kühne, Dahme/Mark

DABEI SEIN:
TERMINE UND AKTIONEN

Mitgliederentscheid zum Koalitionsvertrag
14. Oktober bis 31. Oktober



Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming
18. Oktober, 9.30 Uhr,
Luckenwalde, Kreishaus

Stadtverordnetenversammlung
21. Oktober, 17 Uhr,
Luckenwalde, Rathaus

Wahldankveranstaltung
23. Oktober, 18 Uhr,
China-Restaurant, Mahlow

Sitzung der Kreistagsfraktion
27. Oktober, 19 Uhr, Luckenwalde,
Kreishaus

3. Tagung 4. LPT
1. November, 10 Uhr, Potsdam

BO-Versammlung
4. November, 18 Uhr, Peking-Garden, Zossen, OT Waldstadt

Regionalvorstand TF Süd
6. November, 18.30 Uhr,
Büro in Jüterbog

Beratung Stadtfraktion
9. Dezember, 19 Uhr,
Luckenwalde, Kreisgeschäftsstelle

BO-Versammlung
2. Dezember, 18 Uhr, Peking-Garden, Zossen, OT Waldstadt

Stadtverordnetenversammlung
16. Dezember, 17 Uhr,
Luckenwalde, Rathaus

2. Bürgerhaushalt 2015 in Luckenwalde – Gestalten Sie mit! Öffentliche Abstimmung über die Vorschläge: 10.11.14–28.11.14

DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

Geschäftsstellen

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-
teltow-flaeming.de
www.dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-
teltow-flaeming.de
www.dielinke-tf-süd.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-
teltow-flaeming.de
www.dielinke-ludwigsfelde.de

www.facebook.com/dielinke.tf

Auch interessant:

www.dielinke-rangsdorf.de;
www.facebook.com/
dielinke.rangsdorf

www.dielinke-zossen.de;
www.facebook.com/
DIE.LINKE.ZOSSEN

www.dielinke-
blankenfelde-mahlow.de

**Leserbriefe
und Zuschriften
sind ausdrücklich
erwünscht.**

**Nächste Ausgabe:
15. Dezember 2014**

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktion: Maritta Böttcher,
Felix Thier
Redaktionsschluss: 30. September 2014
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 2000, Oktober 2014
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht
in jedem Fall mit der Meinung des Heraus-
gebers übereinstimmen.



Immer noch aufgeregt

Seit der Wahl am 25. Mai 2014 sind nun mehr als vier Monate vergangen und langsam finde ich mich in meine neuen Aufgaben als Stadtverordneter ein. Die Aufregung vor und in den Sitzungen ist jedoch immer noch da. Ich denke diese wird auch noch eine Weile anhalten, denn immerhin repräsentiere ich »die Jugend« Jüterbogs. Auf jeden Fall fühle ich mich als jüngstes Mitglied der SVV dazu

verpflichtet. Der Situation der Jüngste zu sein, macht es mir dabei auch nicht gerade einfacher. Bei den Mitarbeitern der Stadt und den älteren SVV-Mitgliedern kann ich noch nicht einschätzen, ob ich wirklich ernst genommen werde. Teilweise habe ich das Gefühl belächelt zu werden. Zum Glück steht meine Fraktion voll hinter mir und stärkt mir den Rücken. Die Veranstaltungen und Weiterbildungen, die durch DIE LINKE angeboten werden, in denen ich meine Rechten und Pflichten kennenlernen, versuche ich auch weitestgehend zu nutzen, um meine Kompetenzen weiter auszubauen. Besonders schwierig ist es, die Anliegen der Bürger/innen unter einen Hut zu bekommen. Ohne die Gesetze zu beachten, geht das nicht und leider gibt es davon genug. Daher habe ich mir vorgenommen, viel mit engagierten Bürger/innen zu sprechen und für Fragen auch immer zur Verfügung zu stehen.

Mein größtes Interesse liegt momentan darin, eine Jugendgruppe in Jüterbog zu bilden, die sich dann auch in der Stadt, sowohl politisch als auch kulturell engagiert. Ich halte es für wichtig, dass auch Jugendliche am Geschehen der Stadt beteiligt werden. Jedoch muss erst einmal Interesse geweckt werden dafür. Anfangs hielt ich das für einfach, aber schnell erkannte ich, dass sich alle einig sind, dass was verändert werden soll, aber selbst etwas machen? Nein!

Deshalb treffe ich mich nun mit einigen jungen Erwachsenen in Jüterbog. Dabei soll es in lockerer Atmosphäre zu einem Gedankenaustausch kommen und Ideen zu einer möglichen Jugendgruppe gesammelt werden. Darauf bin ich gespannt!

Philip Petzhold

Jüterbog, Stadtverordneter



Am 27. September trafen sich in der Ludwigsfelder LINKEN-Geschäftsstelle Kommunalparlamentarier und sachkundige Einwohner, die zur Kommunalwahl im Mai erstmals für DIE LINKE gewählt wurden, um dem Vortrag von Gerhard Rohne bezüglich der Rechtsstellung und Wirkungsmöglichkeiten solcher Mandatsträger zu lauschen.

Gerhard Rohne ist Vorsitzender des »kommunalpolitischen forums Land Brandenburg e. V.«. Ein Verein, welcher der Partei DIE LINKE nahesteht, aber nicht mit ihr verbunden ist, denn das »kf« bietet parteiübergreifend alle vier bis sechs Wochen Fort- und Weiterbildungen, Schulungsveranstaltungen, Bildungsfahrten und vieles mehr an. Sinn und Zweck dieser Veranstaltungen ist es, die Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg in Bezug auf aktuelle kommunalpolitische Themen zu schulen und eine linke Kommunalpolitik zu fördern.

Inhalt der an diesem Tag vom Kreisvorsitzenden der LINKEN, Felix Thier, organisierten Veranstaltung war die ausführliche Erörterung der kommunalen Selbstverwaltung für Neu-Parlamentarier und sachkundige Einwohner. So gab Gerhard Rohne einen ausführlichen

Exkurs in die brandenburgische Kommunalverfassung. Angefangen bei deren Aufbau, ging er über zu den Rechten und Pflichten einer Kommune und den damit einhergehenden Aufgaben, bis hin zu der Beantwortung der zentralen Fragen des Vortrages: »Was dürfen Fraktionen, was, wann, wie, wo, in welchem Umfang einzelne Parlamentarier und sachkundige Einwohner und worauf sollten sie achten, sobald sie sich in Amt und Würden befinden?« Dabei nahm Gerhard Rohne sowohl Bezug auf die parlamentarische Arbeit, also die politische Tätigkeit jedes Einzelnen in Ausschüssen etc., als auch auf die außerparlamentarische, wie z. B. die Mitarbeit in Aufsichtsräten öffentlicher und privater Unternehmen. Im Anschluss an den Vortrag wurden noch einige Fragen an den Referenten gerichtet, sodass eine angenehme Diskussion entstand.

Auch an dieser Stelle noch einmal ein Dank an Gerhard Rohne und dem »kf« für das Engagement!

Martin Zeiler
Luckenwalde